

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 46 (1952)
Heft: 5

Artikel: Neue Achsenpolitik
Autor: Heinemann, G.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139643>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Entwicklung zu Mord und Verderben, so gut wir können, zu begegnen. *Aktiver Widerstand mit den Mitteln Gandhis gegen die Politik des Verderbens!* Das ist der Befehl, den das wache Gewissen uns gibt. Und wir müssen uns vorbereiten, den Befehl auszuführen.

Zu unserer rechten Vorbereitung gehört, daß wir gründlich mit dem Zusammenhang, den Möglichkeiten und den Gefahren gewaltlosen Widerstandes vertraut werden. Zur Vorbereitung gehört ferner, daß wir alles tun, um Mißverständnisse und unnötige Schwierigkeiten zu vermeiden. Der Konflikt muß, wenn es geht, vermieden werden, wenn er nicht vermeidbar ist, so klein wie möglich gehalten werden. Wir müssen die Männer und Frauen, die für die Politik des Verderbens verantwortlich sind, sachlich und menschlich für die Gründe aufschließen, die uns zwingen, ihre Politik der Einbeziehung Westdeutschlands in den westlichen Wettrüstungsblock die Politik des Verderbens zu nennen.

Erst wenn keine Einigung zu erreichen ist, müssen wir den gewaltlosen Widerstand öffentlich erklären, indem wir die Öffentlichkeit mit den Zusammenhängen unseres Verhaltens vertraut machen und mit Hilfe gewaltloser Aktionen den künstlichen Nebel zerreißen, unter dessen Schutz die Politik des Verderbens vorangetrieben wird.

Die Männer und Frauen im In- und Ausland, die mit ihren Kräften an ihrer Stelle einig mit uns wirken, werden verständigt und um Mitwirkung gebeten werden.

Ohne Heimlichkeit, jederzeit zur Verständigung bereit, müssen wir in Disziplin, auch den Gegner im Tiefsten einbeziehend und sein Gewissen nicht verletzend, sondern stärkend, opferbereit und zäh ausführen, was nüchterne Überlegung aus allen Kräften des Gewissens uns sagt.

Jeder von uns prüfe sich, wo sein Platz ist, wie und was er tun kann und tun will.

Dr. Nikolaus Koch

Neue Achsenpolitik*

Für diejenigen, welche der Meinung waren, daß uns nach den Zusammenbrüchen Wilhelminischer und Hitlerscher Weltpolitik, nach den menschlichen und materiellen Verlusten zweier Weltkriege und einer Erbschaft der Trümmer und des Elends wenigstens zunächst in jeder Beziehung nichts anderes als eine Neuwertung aufgetragen sei, ist es erschreckend zu sehen, daß wir heute schon wieder eine Fahrt in die große Weltpolitik antreten, – wir, die wir noch nicht einmal zu uns selbst gefunden haben. Schon wieder wird eine Achse geschmiedet, mit der wir das Bild der Welt verwandeln wollen. Nach der Achse Berlin-Rom-Tokio ist es jetzt eine Achse Bonn-Washington-Tokio, über die wir an einer Neuordnung der Welt beteiligt sein wollen.

* Freundlicherweise erlaubter Abdruck aus der vom Bruderrat der evangelischen Kirche in Deutschland herausgegebenen Zeitschrift «Die Stimme der Gemeinde».

In Siegen proklamierte der Bundeskanzler am 16. März des Jahres vor dem evangelischen Arbeitskreis der CDU Deutschlands als eines der Ziele seiner Politik die Neuordnung Osteuropas und fand damit die Zustimmung der versammelten Parteifreunde. Kurz zuvor hatte er bereits in einer Heidelberger Wahlrede am 1. März gesagt:

«Ich denke mir die Entwicklung folgendermaßen: Wenn der Westen stärker ist als Sowjetrußland, dann ist der Tag der Verhandlungen mit Sowjetrußland gekommen. Dann wird man Sowjetrußland klarmachen müssen, daß es so nicht geht, daß es unmöglich halb Europa in Sklaverei halten kann und daß im Wege einer Auseinandersetzung, nicht einer kriegerischen Auseinandersetzung, sondern im Wege einer friedlichen Auseinandersetzung die Verhältnisse in Osteuropa neu geklärt werden müssen . . . Ich glaube und bin überzeugt, daß der Tag kommen wird, wo man mit Sowjetrußland vernünftig über alle diese Dinge sprechen kann und sprechen muß, und dann (!) wird auch der Tag gekommen sein, wo wir mit unseren Brüdern und Schwestern im Osten in Freiheit wieder vereint sein werden» (Bulletin 1952, Nr. 26, S. 254).

Folgerichtig beschreibt die erwähnte evangelische CDU-Tagung in Siegen die Ziele der Bundesregierung unter anderem so: «Einordnung zunächst (!) der Bundesrepublik und später (!) ganz Deutschlands in ein föderativ gestaltetes Europa . . .», eine Beschreibung, welche sich der Bundeskanzler bei dem Besuch seiner Parteifreunde in Siegen ausdrücklich Wort für Wort zu eigen machte. Angesichts dieser Vorgänge ist es müßig, sich über die berühmte Ural-Erklärung des Staatssekretärs Hallstein zu erregen! Sie führt offenbar nur die Linien fort, die in der Politik des Bundeskanzlers enthalten sind und die nicht mehr und nicht weniger besagen als dies: *Die Bundesrepublik will Weltpolitik machen!*

Allmählich kann die Tarnung fallen, mit der die Konzeption des Bundeskanzlers seit Jahr und Tag umkleidet worden ist. Als der Bundeskanzler am 29. August 1950 ohne voraufgegangene Beschlußfassung in der Bundesregierung einen westdeutschen Wehrbeitrag anbot, wurde dieser mit akuten Angriffsabsichten der Sowjets motiviert. Darüber sind eineinhalb Jahre vergangen, ohne daß westdeutsche Divisionen stehen. Gleichwohl ist die Sowjetunion, wie Dr. Adenauer in einem Interview am 23. März in Paris erklärte, in der Defensive. Und der Stabschef Eisenhower, General Gruenther, erklärte am 25. März vor dem Außenpolitischen Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses: «Ich glaube nicht, daß der sowjetische Angriff auf Europa jemals kommen wird. Es steht in unserer Macht, einen Krieg auf immer zu verhindern.» Sollte es uns nicht genügen, daß die Dinge so stehen?

Schon aber reifen aus dieser Situation die Projekte für eine Neuordnung der Welt. Unter der starken Faust amerikanischer Aufrüstung will die Bundesrepublik der europäische Partner einer neuen Achsenpolitik sein, so wie Japan es auf asiatischer Seite sein soll.

Die «baldmöglichste» Wiedervereinigung Deutschlands über gesamtdeutsche Wahlen unter einer gesamtdeutschen Regierung, die von der Bundesregierung noch am 9. März 1951 proklamiert wurde, ist längst nicht mehr das natürliche Ziel. Vielmehr steht die Eingliederung der Bundesrepublik in westliche Gemeinschaften einschließlich ihrer Aufrüstung als die größere Konzeption einer neuen Weltpolitik längst so sehr im Vordergrund, daß die Note der Sowjetunion vom 11. März des Jahres von vornherein vom Bundeskanzler und seinem Staatssekretär des Auswärtigen einfach als «belanglos» bezeichnet werden konnte. Alle früheren Proklamationen von «baldmöglichster» Herstellung der deutschen Einheit sind, um es noch einmal zu sagen, hinfällig. Vor jeder Wiedervereinigung Deutschlands soll die Eingliederung der Bundesrepublik in ein «föderativ gestaltetes Europa», das heißt in Wahrheit in ein Westeuropa als Glied der Atlantikpaktgemeinschaft stehen. Und dann soll eines Tages die – nicht kriegerische – Auseinandersetzung mit der Sowjetunion über die Bereinigung aller europäischen und asiatischen Konflikte in der Welt samt einer Neuordnung des osteuropäischen Raumes beginnen! Wahrlich eine große Konzeption – aber auch eine beängstigende.

Es mag den Amerikanern angemessen sein, der Welt eine bessere Ordnung zu bringen. Dem westdeutschen Volk aber steht keine Weltpolitik zu, sondern nur eine natürliche deutsche Politik der baldmöglichsten Wiedervereinigung unseres Volkes in einem einheitlichen Staatswesen der Freiheit und der Menschenwürde.

Es ist kein Geheimnis, daß der erste von Eden verfaßte Entwurf für die Antwort der Westmächte auf die Sowjetnote wesentlich offener gehalten war als die nunmehr wirklich gegebene Antwort. Acheson und Dr. Adenauer haben es erreicht, daß der Fortgang der Bemühung um eine jetzige gesamtdeutsche Lösung wesentlich erschwert worden ist. Washington will westdeutsche Rekruten haben und hat darum ein Interesse, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands jedenfalls jetzt nicht zustandekommt. Dr. Adenauer will die Westintegration der Bundesrepublik vor jeder anderen Lösung. Das eben ist die neue Außenpolitik weltweiter Zielsetzungen samt einer Neuordnung des osteuropäischen Raumes, die nun klar zutage kommt.

Die Londoner «Times» aber schrieb im Hinblick auf die Sowjetnote vom 11. März: «Man kann sich der Möglichkeit nicht verschließen, daß dies tatsächlich die letzte (!) Chance vor der endgültigen (!) Teilung Deutschlands mit allen ihren Folgen ist.»

Hat die Nation zur Kenntnis genommen, wohin der Bundeskanzler uns führt? Wollen wir uns zu der Aufgabe bekennen, anderen Völkern neue politische Ordnungen zu bringen? Wollen wir Westdeutsche solches unter Zurückstellung, ja sogar unter schwerster Gefährdung dessen, was unsere Landsleute in der russischen Zone erwarten und erhoffen?

Dr. Dr. G. W. Heinemann, Essen